

# **E-democracy – eine Herausforderung an die politische Bildung**

## **Sieben Thesen aus der Perspektive der Lehrerbildung**

Christian F. Görlich, Ludger Humbert – Studienseminar Hamm  
(goerlich|humbert)@semsek2.ham.nw.schule.de

1. Es lassen sich historisch immer wieder Situationen ausmachen, in denen auch kritische Betrachter des Zeitgeistes genötigt sind, mit Begriffen bzw. mit Begriffsfeldern zu operieren, obwohl die gehandelten Bezeichnungen vorerst noch unscharf und hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Seriösität allenfalls ein Versprechen für die Zukunft darstellen. „Virtueller Staat“, „E-government“, „E-policy“, „E-democracy“ u. a. gehören sicher zu solchen Chiffren, die einerseits hinsichtlich möglicher Gefahren Ängste, andererseits hinsichtlich möglicher Demokratisierungschancen auch Hoffnungen wecken. Wenn auch e-democracy im politischen Alltag der Bürger erst in Ansätzen erkennbar ist, wird auf der theoretischen Bühne ein plastisches Bild gezeichnet, das die Dringlichkeit eines schemenhaft sich abzeichnenden Demokratieproblems als unstrittig erscheinen lässt (vgl. den Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung „Gut zu wissen. Links zur Wissensgesellschaft“ 2001 in der Humboldt Universität Berlin. In der Dokumentation [He02] vgl. besonders: [Pr02], [Ba02], [Nu02]).
2. Im Lichte gegenwärtiger Modernisierungstheorien, wie sie vor allem mit Bezug auf Ulrich BECK diskutiert werden, stellen die mit E-democracy konnotierten Möglichkeiten nur eine Facette eines grundsätzlich neuen, zu reformulierenden Politikbegriffs dar, der in letzter Konsequenz die „Metamorphose des Staates“ und damit auch einen Wandel der Demokratie spiegelt. In thesenhafter Verkürzung: „An die Stelle des Handlungsstaates [in einer stark ausgeprägten hierarchischen Organisation] tritt der Verhandlungsstaat [in Gestalt eines Supervisors], der Bühnen und Gespräche arrangiert und dabei die Regie führt“ [Be93, S. 216] (siehe auch [Wi97]).
3. E-democracy heißt in solchem Kontext also nicht bloß die Umgestaltung konventioneller demokratischer Strukturen unter informatischen Gesichtspunkten, sondern E-democracy meint die Nutzung informatischer Gestaltungsmöglichkeiten für z. T. neue, noch zu gewinnende und offen zu haltende Kommunikationsräume – in (selbst-) aufklärerischer Absicht auf dem Wege zu einer Zivilgesellschaft. Hier zeigt sich aber auch das Janusgesicht informatischer Möglichkeiten. Die zunächst optimistisch aufscheinende Perspektive für den politisch-kommunikativen Bereich sieht sich infolge informatisch bedingter Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich neuen sozialen Konfliktpotentialen gegenüber (s. WILLKES Hinweise auf die „Entnivellierung der Mittelschicht“).

4. Für die hier zu leistende Kommunikation erweist es sich als Belastung, aber möglicherweise auch als Chance, dass „wissenschaftliches Wissen nicht mehr als gesichert, wahr und endgültig“ [We03] betrachtet werden kann. Auch der „Sonderstatus des an unseren Universitäten oder Max-Planck-Instituten produzierten wissenschaftlichen Wissens“ wird nach WEINGART nicht mehr ohne weiteres anerkannt. Universitäre Wissensquellen sehen sich zunehmend in Konkurrenz mit Think Tanks, Werbeagenturen, Feuilletons und – mit Blick auf informatische Systeme – mit der Wissensproduktion der Systembenutzer oder User. Dies erfordert auch eine Neubestimmung des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft.
5. Das Bewusstsein über den hier angedeuteten Transformationsprozess hat im wesentlichen seinen Sitz in der Wissenschaft, zunehmend auch im Feuilleton, als zu gestaltende Zukunftsaufgabe hat es die Schulen und die Lehrerbildung in ihrer traditionellen Einbindung in einen hierarchischen Handlungsstaat allenfalls in Ansätzen erreicht. Vielmehr ist die Gefahr einer medienpädagogischen Verengung zu befürchten: Zwar wird (z. B. von [Tu97], [He01], [HT02]) in der Medienpädagogik ein handlungs- und interaktionsorientierter Ansatz favorisiert, dieser bleibt jedoch – angesichts des Fehlens eines demokratietheoretischen Rahmens im o. a. Sinne – aktionismusanfällig.
6. Hier sind also die politische Bildung im besonderen, Schulen und Lehrerbildung im Allgemeinen gefordert. Allgemeinbildung ist unter den Bedingungen informatischer Gestaltungsmöglichkeiten neu zu denken. Dem pragmatischen Aushandeln ist als regulative Idee der Diskurs zur Seite zu stellen. Unter Diskurs angesichts informatischer Gestaltungsmöglichkeiten verstehen wir in Anlehnung an OELMÜLLER, dass Menschen in solchen Situationen den schwierigen und voraussetzungsreichen Versuch unternehmen, angesichts bedrückender oder auch beglückender Erfahrungen mit den Medien argumentativ zu fragen, warum man etwas annimmt, verändert oder auch ablehnt (vgl. [Oe93]). Die Rolle der Informatik ist dabei als Expertin – als informatische Vernunft – in verifizierbarer bzw. falsifizierbarer Weise Machbarkeiten aufzuweisen, hinsichtlich der diskursiven Einordnung des prinzipiell Machbarkeit in Zielhierarchien – als praktische Vernunft – ist sie nur ein Diskurspartner unter Anderen.
7. Die konkrete Umsetzung ein solchen Programms für Schulen und Lehrerbildung ist offen und nach unseren Erfahrungen auch nicht konfliktfrei zu erreichen. Sie deutet wohl den Verzicht auf vertraute, durch Richtlinien kanalisierte Lerngewohnheiten und erfordert die Arbeit an einer neuen „Lernkultur“, die nicht durch Affirmation, sondern durch Autopoiesis, nicht durch Linearität, sondern durch Vernetzung, durch neue Lernarrangements und Lernkoalitionen gekennzeichnet sind. Auszuhandelnde Standards fungieren dann als Viabilitätskriterien.

## Literatur

- [Ba02] Barber, B. R.: Die ambivalenten Auswirkungen digitaler Technologie auf die Demokratie in einer sich globalisierenden Welt. In: Heinrich-Böll-Stiftung [He02]. S. 79–96. 1. Aufl.

- [Be93] Beck, U.: *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Suhrkamp. Frankfurt a.M. 1993.
- [He01] Herzig, B.: Medienbildung und Informatik – Zur Fundierung einer integrativen Medienbildungstheorie. In: Keil-Slawik, R. und Magenheim, J. (Hrsg.), *Informatik und Schule – Informatikunterricht und Medienbildung INFOS 2001 – 9. GI-Fachtagung 17.–20. September 2001, Paderborn*. Number P-8 in GI-Edition – Lecture Notes in Informatics – Proceedings. S. 107–119. Bonn. September 2001. Gesellschaft für Informatik, Köllen Druck + Verlag GmbH.
- [He02] Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Gut zu wissen – Links zur Wissensgesellschaft*. Münster. 2002. Verlag Westfälisches Dampfboot. Konzipiert und bearbeitet von Andreas Poltermann. 1. Aufl.
- [HT02] Herzig, B. und Tulodziecki, G.: *Computer & Internet in Schule und Unterricht. Medienpädagogische Grundlagen und Beispiele*. Cornelsen Scriptor. Berlin. 2002.
- [Nu02] Nullmeier, F.: Demokratischer Wohlfahrtsstaat und das neue Marktwissen. In: Heinrich-Böll-Stiftung [He02]. S. 97–111. 1. Aufl.
- [Oe93] Oelmüller, W.: *Philosophische Arbeitsbücher VII. Diskurs: Mensch*. UTB. Stuttgart. 1993.
- [Pr02] Priddat, B. P.: Zivilisierungsfortschritte: Demokratisierung der Wissensgesellschaft und professioneller Staat. Erste Skizzen zur Konzeption eines „virtuellen Staates“. In: Heinrich-Böll-Stiftung [He02]. S. 66–78. 1. Aufl.
- [Tu97] Tulodziecki, G.: *Medien in Erziehung und Bildung: Grundlagen einer handlungs- und entwicklungsorientierten Medienpädagogik*. Klinkhardt. Bad Heilbrunn. 3. aufl. 1997.
- [We03] Weingart, P. Glaubt der Bundeskanzler an Bauernregeln? Mai 2003. FAZ, Sonntag, 11. Mai 2003.
- [Wi97] Willke, H.: *Supervision des Staates*. Suhrkamp. Frankfurt a.M. 1997.